

Wirtschaftliches Wachstum und Geschlechterverhältnis

Diskussionspapier für die Enquete-Kommission

„Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität –

Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“

Elisabeth Stiefel¹, Köln

August 2011

Was wächst, wenn die Wirtschaft wächst, und was geht dabei verloren? Im Diskurs zu Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität steht noch immer die Produktion materieller Güter im Mittelpunkt. Obwohl in den alten Industrieländern der überwiegende Teil der Wirtschaftsleistung schon heute vom Dienstleistungssektor erbracht wird, rückt die Bedeutung der Dienste für Fortschritt und nachhaltiges Wohlergehen erst langsam ins Blickfeld.

Personennahe Dienstleistung (*Care*) war von jeher die Domäne der Frauen. Sie unterliegt anderen Kriterien als herstellende Arbeit. Die Messlatte der Steigerung von Effizienz und Produktivität ist hier fehl am Platz. Ihre Anwendung behindert die reale Gleichstellung der Geschlechter, ohne die eine zukunftsfähige ökonomische Entwicklung nicht möglich ist.

Der vorliegende Text beleuchtet die Diskrepanz zwischen den Theorien der Wachstumsökonomie und den Bedingungen für ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis als Voraussetzung für eine gedeihliche Zukunft.

Empfehlung: Lesen Sie auch

Hausarbeit und das Bruttosozialprodukt – Informationen für die Frau des Deutschen Frauenrats, Januar 1990

http://www.elisabeth-stiefel.de/pdf/Hausarbeit_und_das_Bruttosozialprodukt_1990.pdf

Ehe und Sozialstaat – Informationen für die Frau des Deutschen Frauenrats, Oktober 1990

http://www.elisabeth-stiefel.de/pdf/Ehe_und_Sozialstaat_1990.pdf

Wirtschaftliches Wachstum und Geschlechterverhältnis

Das Dilemma der Statistik

Moderne Gesellschaften sind geübt in der Kunst, lebendiges Leben in Zahlen umzumünzen. Voraussetzung der Zählbarkeit des Alltags ist die Einpassung der ebenso komplexen wie diffusen Wirklichkeit in Kategorien, die Vergleichbarkeit herstellen. Welche Daten generiert und gesammelt werden, ist dabei abhängig vom Selbst- und Weltbild des jeweiligen Gemeinwesens.

Es versteht sich von selbst, dass der Bereich der Wirtschafts- und Sozialstatistik Sichtweisen und Erkenntnisinteressen derjenigen verkörpert, die im Besitz der Deutungshoheit sind. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass vorhandene Datensammlungen zumeist wenig Anhaltspunkte dafür bieten, dass und wie der gesellschaftliche Wandel gestaltet werden muss. Andererseits ist rückhaltlose Offenheit unabdingbar, wenn eine zukunftsfähige Entwicklung ermöglicht werden soll.

Oft spiegeln etablierte Statistiken eine Realität, die mit Erfahrungen und Problemen der Bevölkerung nicht mehr viel gemein hat. Gestützt von überkommenen Strukturen, führen abstrakte Zahlenreihen ein Eigenleben jenseits der Aufgabe, Indikatoren für politisches Handeln bereitzustellen. Ohne Anstöße aus dem gesellschaftlichen Umfeld sind sie nicht in der Lage, für drängende Fragen innovative Lösungen in Gang zu setzen.

Das BIP als Inbegriff von Wirtschaftsleistung

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Nachweis ökonomischer Aktivität im Maßstab der Volkswirtschaft ist hierfür ein markantes Beispiel. Dereinst erfunden als Schema zur Quantifizierung des Güterkreislaufs zwischen Produktionsstätten und Haushalten, hat das BIP im Lauf globaler ökonomischer Entwicklung nicht nur seine Plausibilität als Wohlstandsmaß der Bevölkerung, sondern auch seine Eigenschaft als Gradmesser wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit verloren.

Zu viele Faktoren, die für Stabilität und Kontinuität des Wirtschaftsgeschehens im Übergang von der Industrie- zu Dienstleistungsökonomie von Bedeutung sind, bleiben von vornherein aus den Datensammlungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ausgeschlossen. Allein der Begriff der VGR offenbart die Distanz der buchhalterisch erfassten Tatbestände zur Aufgabe jeder Volkswirtschaft, die angemessene Existenz der Bevölkerung eines Landes sicherzustellen. Ein ‚Sozialprodukt‘ als Gesamtergebnis wirtschaftlicher Aktivität gibt weder Auskunft darüber, wer/womit/zu welchen Anteilen an seiner Erstellung beteiligt war, noch erschließt es die Grundsätze, nach denen die Erträge der gemeinsamen Anstrengung verteilt werden.

Unter den zahlreichen Fragen, auf die das BIP keine Antwort gibt, spielt die wirtschaftliche Bedeutung des Geschlechterverhältnisses eine herausragende Rolle. Nicht nur die **Betrachtungsebene der Nation als Wirtschaftseinheit**, sondern auch die **güterbezogene Betrachtungsweise** ist wenig geeignet, gesellschaftliche, soziale und kulturelle Aspekte des Wirtschaftsprozesses in den Blick zu nehmen. Die Erkenntnisinteressen derer, die den je spezifischen Beitrag von Frauen und Männern zu einem volkswirtschaftlichen Gesamtergebnis analysieren wollen, finden in der VGR und damit in der makroökonomischen Leistungsbilanz keinen Anhaltspunkt.

Experten aus dem Bereich der Statistik sind sich durchaus bewusst, dass das im Umfeld der Wachstumsdiskussion viel zitierte Zahlenwerk der VGR zahlreiche Unschärfen, blinde Flecken, Erkenntnislücken enthält. Fast gebetsmühlenartig bedauern sie vor allem den Ausschluss der Haushaltsproduktion aus dem Betrachtungshorizont der Wirtschaftsleistung. Für diesen Mangel macht man definitorische und statistische Gründe verantwortlich. Wie soll bewertet und gezählt werden, was sich im dunklen Binnenraum privater Haushalte ereignet?

Vollkommen un(ter)belichtet ist die Tatsache, dass das statistische Instrumentarium nichts anderes ist als ein Werkzeug der herrschenden ökonomischen Theorie. Unabhängig von (zumeist ideologisch zu begründenden) Unterschieden im Hinblick auf die Methoden der Prozesssteuerung steht die **Produktion materieller Güter** noch immer im Zentrum dessen, was aus ökonomischer Perspektive unter ‚Wirtschaften‘ verstanden wird.

Die Priorität der Produktivitätssteigerung von (technisch definierten) Herstellungsprozessen hat nicht nur den wirtschaftlichen und sozialen Wandel, sondern auch mehr als 200 Jahre Diskursgeschichte überdauert. Aus dieser Sicht vollzieht sich der globale Wirtschaftsprozess über Märkte und Preise, Akteure sind neben Unternehmen und Staaten auch weltweit agierende Geldhäuser in ihrer Zuständigkeit für die Bereitstellung von Kapital und das Management von Schulden.

Weder Haushalte noch Individuen besitzen ein ökonomisches Profil

‚Haushalte‘ als ehemals eigenständiger Pol im Kreislauf der Güter versanken in demselben Ausmaß in der Bedeutungslosigkeit, in dem die sog. Haushaltsproduktion zur ‚Prosumtion‘, d.h. zur Endbearbeitung industriell hergestellter Konsumgüter degenerierte. Die industrielle Entwicklung nach den Grundsätzen von Adam Smith war begleitet von Kommodifizierung und Monetarisierung der Güter des täglichen Bedarfs. Ein wirtschaftlich und sozial eigenständiges Profil der Individuen und Haushalte verblasste dabei langsam im Schatten ihrer Funktion als Repräsentanten von Nachfrage und Konsum von Sachgütern.

Einher ging die unaufhaltsame Entwertung der im ökonomischen Sinn exterritorialen und materiell wenig produktiven Arbeit für die Familie. Die fehlende Bezahlung war dafür keineswegs das einzige

Merkmal. Von Frauenverbänden wurde immer wieder angemahnt, dass die subsistenznahe Arbeit in den Haushalten für das wirtschaftliche und soziale Wohlergehen der Generationen hohe Bedeutung habe. Ihre Überzeugung traf auf begeisterte Zustimmung von Sonntags-, Fest- und Fensterrednern, ein Widerhall aus den Wandelhallen der Ökonomen blieb jedoch aus.

Nicht ursächlich für diese Nichtbeachtung, jedoch überaus bedeutsam für die Persistenz der ökonomischen **Marginalisierung der kleinsten Wirtschaftseinheit (Privat)Haushalt** ist die Tatsache, dass ökonomische Theorien jeglicher Couleur die Versorgungsarbeit im Haushaltsinneren niemals als Ausprägung von Arbeit, sondern als Geschlechtsrolle bzw. als ‚Familienpflicht‘ weiblicher Haushaltsmitglieder gehandelt haben. Diese Sicht legitimierte die Gepflogenheit, Haushalte nicht als Orte häuslicher Dienstleistung, sondern ausschließlich als Stätte von Freizeit und Konsum der Güterproduzenten zu betrachten. Ein Abkömmling dieser – makroökonomisch geprägten Perspektive – ist der Begriff der **Reproduktion** (vormals: **produktiver Konsum**).

Erhellend ist die Argumentation der Experten anlässlich der Bemühungen um Standardisierung der VGR 10 Jahre vor dem Ende des 20. Jahrhunderts. Auf dem Hintergrund mehrerer Frauenkonferenzen der Vereinten Nationen hatte die internationale Frauenlobby die Forderung erhoben, den Beitrag der Frauen zu Wohlstand und Wohlergehen in das Rechenwerk der volkswirtschaftlichen Leistungsbilanz zu integrieren. Zugunsten der Homogenität der Zahlensammlungen wurde das Ansinnen zwar abgelehnt, doch empfahlen die zuständigen Fachleute die Einrichtung von nationalen Satellitensystemen. Man ging davon aus, dass sich damit auch länder- und kulturspezifische Unterschiede erfassen und darstellen lassen würden.

In Analogie zur ökonomisch ‚sauberen‘ VGR sollten Tätigkeiten ausgewiesen werden, die dem sog. Drittpersonenkriterium standhielten, also ggf. auch von einem emotional nicht involvierten Individuum verrichtet werden können. Mit dieser Auflage verlor die den Frauen im Binnenraum des Haushalts zugewiesene (und von ihnen weiterhin wahrgenommene) Aufgabe ihre normative Weiblichkeit und rückte näher heran an Arbeitsmarkt und Öffentlichkeit. Doch dem Begehren der Frauenlobby war damit bestenfalls an der Oberfläche Genüge getan. Manche hielten das Ergebnis sogar für kontraproduktiv.

Die Umwidmung von Versorgungsarbeit zur (bezahlten oder unbezahlten) haushaltsnahen Dienstleistung hatte mit dem definitorischen Ausschluss von Empathie, Zuwendung, Fürsorglichkeit und emotionaler Nähe die Kernsubstanz von Familienarbeit beschädigt. Was im Prozess fortschreitender Ökonomisierung dem Vakuum anheimfällt, charakterisierten feministische Ökonominen einige Jahre später mit dem Satz ‚*holding hands at midnight*‘. Der Begriff **Care** skizzierte die Notwendigkeit, das industrielle Wirtschaftsverständnis zu öffnen für personennahe Tätigkeiten, die die Mainstream-Ökonomie des Industriezeitalters in der traditionellen Frauen-, vor allem jedoch in der Mutterrolle aufgehoben wähnte.

Beyond GDP – die Sichtweisen industriellen Wirtschaftens sind veraltet

Es sind nicht mehr nur die feministisch-ökonomischen Zweifel an der Tauglichkeit der VGR als Abbild des Wirtschaftens, die Anlass zum Nachdenken geben. 2007 erhob eine von der EU einberufene Konferenz in Brüssel unter dem Motto **Beyond GDP** die Forderung, den gesellschaftlichen Fortschritt nicht länger nach herkömmlichen Kriterien zu bemessen. Das BIP müsse ergänzt werden durch Indikatoren, die Auskunft geben zu ökologischen Fragen, vor allem aber auch zu Lebensqualität und subjektivem Wohlbefinden (*Well-Being*).

Seit vielen Jahren bringen Studien und Umfragen zutage, dass die lineare Fortsetzung der güterbezogenen Wirtschaftsweise nicht nur ökologische, sondern auch soziale Schäden hervorruft. Neben der Verschlechterung der natürlichen Umwelt beklagen die Menschen wirtschaftliche Unsicherheit, Zeitnot, den Zerfall sozialer Zusammenhänge, die Ausdünnung der Infrastruktur für die Bewältigung von Alltagsaufgaben in Familie und Nachbarschaft. Eine Vielzahl von Symptomen signalisiert die Notwendigkeit, den Krisen des 21. Jahrhunderts innovative Konzepte politischen und wirtschaftlichen Handelns entgegen zu setzen.

Nicht zu Unrecht gilt die Statistik als systematische Verknüpfung von Empirie und Theorie. Es ist deshalb nur folgerichtig, zunächst nach der Zielsetzung des makroökonomischen Rechenwerks zu fragen und seine Topographie ein wenig auszuleuchten. Seine Wurzeln reichen zurück bis ins 18. Jahrhundert: Quesnay und die Physiokraten machten sich Gedanken über Wertschöpfung und Wirtschaftskreislauf, Adam Smith über die Kombination von Kapital und Arbeit als Bedingung für Wachstum und Wohlstand.

Das 19. Jahrhundert war gekennzeichnet durch die Expansion des produzierenden Gewerbes zu Lasten agrarischer Produktionsweisen. Im 20. Jahrhundert verbreitete sich die Erstellung von (länderspezifischen) Kontensystemen zur Erfassung der Wohlstandsentwicklung der jeweiligen Volkswirtschaft. 1968 empfahlen die Vereinten Nationen deren Standardisierung im Interesse von Transparenz und Vergleichbarkeit. 1993 einigte man sich unter internationalen Organisationen auf ein umfassendes Raster für die VGR (System of National Accounts – SNA), das für alle Länder gelten sollte. Es bildet die Basis für das Ranking alter und neuer Wirtschaftsmächte im Rahmen des globalen (Güter)Markts.

Die Regeln der VGR wurden auch in der Vergangenheit immer wieder überarbeitet, um dem wirtschaftlichen und sozialen Wandel Rechnung zu tragen. Doch erst die Initiative *Beyond GDP* mit ihrer Bereitschaft zur Abkehr vom Fokus der **Mehrung materiellen Wohlstands** konfrontiert die VGR mit der Notwendigkeit, ihre Methoden zugunsten der Abbildung und Einordnung immaterieller Güter auf den Prüfstand zu stellen.

Der Steuermann des Industriezeitalters: ein Mann als Familienernährer

Ein kurzer Rückblick in die Geschichte des Wirtschaftens gibt Hinweise auf die Dimension der Forderung, den engen Horizont des Sozial**Produkts** um den Ausblick auf ‚das Soziale‘ und gelebtes Leben zu erweitern. Die Begriffe Ökonomie und Wirtschaft („homo oeconomicus“ als Protagonist des Wirtschaftens – Wirtschaften als ‚Tätigkeit des Hausherrn‘) verweisen auf den historisch unverrückbar erscheinenden Status des Mannes als Haushaltsvorstand und Familienoberhaupt. Nicht nur im griechischen Altertum, sondern auch in der bürgerlichen Kultur der europäischen Nationalstaaten war er gleichzeitig Individuum und Statthalter seines Hauses einschließlich derer, für deren materielles Wohlergehen er Sorge trug.

Die Seinen: das waren zunächst seine Kinder und deren Mutter, die seine Nachkommen versorgte, bis sie erwachsen waren. Die industrielle Sozial- und Wirtschaftsordnung verpflichtete (Ehe)Frauen zur Haushaltsführung. Dabei galt die Versorgung, Betreuung und Pflege von Familienmitgliedern nur bedingt als Unterhaltsbeitrag. Unabhängig vom Umfang zu leistender Versorgungsarbeit sahen sich Familienfrauen zu allen Zeiten der Erwartung gegenüber, in geeigneter Form ‚mitzuarbeiten‘, d.h. sich am Einkommenserwerb zu beteiligen, wenn es erwünscht und nötig war.

Kein Merkmal industriellen Wirtschaftens zeigt deutlicher die eindimensionale Ausrichtung des Industriezeitalters auf die Steigerung der Güterproduktion als die Identität von (Ernährer)Haushalt und einem Mann als Individuum. Im Prozess der Industrialisierung war es ein männliches Familienoberhaupt, dessen Haushalt die menschliche **und** soziale Seite des Wirtschaftens verkörperte. Sein Einkommen repräsentierte seinen Rang in der bürgerlichen Gesellschaft und erlaubte ihm, Frau und Kinder standesgemäß zu unterhalten. Nicht zuletzt in seiner Eigenschaft als Familienernährer war er veranlasst, alle Potenziale seines Haushalts in die Expansion der materiellen Basis zu investieren.

Der OECD-weit angewandte ProKopf-Modus der Verteilung des Ernährerkommens entlarvt den Binnenraum des Haushalts und damit auch die Generationensorge als ökonomische Leerstelle. Das industriewirtschaftlich definierte Geschlechterverhältnis, das Frauen mit ihren Kindern ökonomisch auf den Status der zu Unterhaltenden reduziert, verwandelt die häusliche Wirtschaftsgemeinschaft zur Stätte des Konsums von Marktgütern. Unterhaltsausgaben treten dabei in Konkurrenz zu den Aufwendungen für den sächlichen Bedarf. Es ist nur folgerichtig, dass ökonomische Theorien des Industriezeitalters Kinder – so sie überhaupt in Erscheinung treten - als Konsumgüter betrachten.

Weniger eindeutig ist der Status der Frauen. Ähnlich wie der Kindesunterhalt mindert ihr Verbrauch zwar das verfügbare Einkommen, doch begünstigt ihre zunehmende Individualisierung die Option, dass sie dafür selber aufkommen. Grundsätzlich gilt, dass das ProKopf-Einkommen mit der Anzahl zu versorgender Kinder sinkt und mit der Erwerbsquote ihrer Mütter steigt. Dies trifft sowohl für den privaten Haushalt als auch für die Bilanzen der Volkswirtschaft zu.

Ganz unabhängig vom **Vorhandensein** eines Familienernährers fehlen in Theorie und Praxis der Wachstumsökonomie Spielräume für zeitaufwändige Sorgearbeit im Binnenraum privater Haushalte. Industrielles Wirtschaften basiert auf Effizienz- und Produktivitätsgewinn durch die Einsparung von (Arbeits)Zeit. Tätigkeiten, die diesem Prinzip nicht entsprechen (können), geraten deshalb immer mehr ins Hintertreffen. Längst ist nicht nur unter feministischen ÖkonomInnen, sondern auch in der internationalen Sozialpolitik die Rede von einer weltweiten *Care Crisis*.

Schon Adam Smith monierte, der Verbrauch von Gütern für soziale Bedürfnisse (alte Ökonomen sprachen von konsumtivem Konsum) schmälere die Ressourcen, die für das Wachstum der Reichtumsproduktion zur Verfügung stehen. Im Hinblick auf eine Wirtschaftsweise **Beyond GDP**, d.h. auf ein anderes Verhältnis von Wohlstand und Wohlergehen, von Arbeit und Leben, von Produktions- und Versorgungstätigkeiten, von materiellen und immateriellen Gütern kann die Schablone des Ernährerhaushalts Erkenntnisse befördern, die dem gesellschaftlichen Fortschritt neue Ziele setzen.

Der Paradigmenwechsel lässt auf sich warten

Noch nie zuvor haben sich so viele Initiativen Gedanken gemacht über eine andere Wirtschaftsweise wie in der Gegenwart. Die meisten von ihnen nehmen Ressourcenverbrauch und Umweltschäden zum Anlass, weiterem Wirtschaftswachstum eine Absage zu erteilen. Manche geben sich dabei den Anschein, als sähen sie das Heil der Zukunft in einer Rückkehr zu vergangenen Zeiten, in denen Leben und Arbeiten überschaubarer schienen.

Auch unter Andersdenkenden sind Initiativen, deren Analyse sich auf das Geschlechterverhältnis bezieht, jedoch höchst unpopulär. Unbesehen bleibt man überzeugt, dass güterbezogene ökonomische Theorien irgendwie auch dem Sektor der Dienstleistung für Personen gerecht werden. Oft genug machen Ökologen Umweltschäden für Zerfallserscheinungen der sozialen Ordnung verantwortlich. Niemand fragt nach der sog. Arbeitsteilung im Haushaltsinneren, wenn von nachhaltigen Lebensstilen die Rede ist, und niemand protestiert, wenn unter alternativen Vorzeichen ‚die Familie‘ gelegentlich als Hort von Stabilität und gemeinschaftsbezogenem Wirtschaften gepriesen wird.

Dagegen halten feministisch-ökonomische Theorien die traditionelle Geschlechterordnung des Industriezeitalters für einen Stolperstein im Kampf um ökologische und soziale Nachhaltigkeit. Sie messen dem *oikos* nicht nur als anonymem Namensgeber Bedeutung zu, sondern verwahren sich gegen eine Sicht, die ‚den Haushalt‘ lediglich als Ort des (produktiven vs. unproduktiven) Konsums von Kaufgütern betrachtet. Es gehört zu den unumstößlichen Grundsätzen feministischer Ökonomie, dass die fürsorgliche Unterstützung von Menschen – *Care* – nicht nur privat, sondern auch in ökonomischen Zusammenhängen den Charakter von **Arbeit** und damit ökonomische Relevanz besitzt.

Arbeitstätigkeiten brauchen Zeit und materielle Ressourcen, selbst wenn sie vornehmlich auf die Befriedigung immaterieller Bedürfnisse ausgerichtet sind. Es ist schwer verständlich, dass im Regelwerk moderner Volkswirtschaften das Bemühen um Wohlergehen und Lebensqualität als Minderung materiellen Wohlstands in Erscheinung tritt. Gerade diese Tatsache macht die *Care Economy* andererseits zu einem Anknüpfungspunkt für Utopien zukunftsfähigen Wirtschaftens.

Notwendigkeiten – Hoffnungen – Erwartungen

Das Bemühen, ein in patriarchalen Denkstrukturen verfangenes Wirtschaftsverständnis zu öffnen für die Bedingungen von *Well-Being* – Lebensqualität und Wohlergehen unabhängig vom Wachstum materiellen Wohlstands – braucht einen langen Atem. Sein Ergebnis hängt ab von der Bereitschaft, das Verhältnis zwischen dem monetarisierten und dem unbezahlten Bereich, zwischen produktiven und konsumtiven Tätigkeiten, zwischen herstellender und versorgender Arbeit neu zu definieren. Es versteht sich von selbst, dass eine dienstleistungsorientierte Wirtschaftsweise **auch und vor allem** das Geschlechterverhältnis bzw. die sogenannte Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern grundlegend verändern würde.

Ein wichtiges Glied in der Kette zu erwartender Erkenntnisse sind die Überlegungen der sog. Stiglitz-Kommission (Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress). In ihrem 2009 erschienenen Bericht empfiehlt sie, zugunsten von bezahlten und unbezahlten Dienstleistungen von der Fokussierung auf die Güterproduktion abzurücken. Von zentraler Bedeutung für zukunftsfähiges Wirtschaften und sozialen Fortschritt sei die Entfaltung von Fähigkeiten und Kompetenzen jedes einzelnen Individuums.

Die deutsche Fortschrittskommission möge den hier aufgezeigten Weg weiter verfolgen.

¹ **Zur Autorin:** Elisabeth Stiefel ist Diplom-Volkswirtin. 1958 promovierte sie mit einer Arbeit zum Wirtschaftskreislauf in Tübingen zum Dr. rer. pol. Danach arbeitete sie als Familienfrau und in vielen Ehrenämtern, später war sie in mehreren Berufsfeldern qualifiziert berufstätig. Ihr wissenschaftliches Interesse galt von jeher den **Bedingungen der Generationensorge in der Sozialen Marktwirtschaft**.